

# West-Sahara-Zeitung

## Die UN-Generalsekretäre kommen und gehen – doch der Dekolonisierungskonflikt um die Westsahara bleibt bestehen

**Am 1. Januar 2007 übernimmt Ban Ki Moon als 4. Generalsekretär den Konflikt um die Westsahara • Nach Zypern und Palästina der längste UN-Einsatz • Sind Generalsekretäre ehrliche Vermittler? • Aktionsaufruf an die Zivilgesellschaft**

Am 13. Oktober wählte die Vollversammlung der Vereinten Nationen den amtierenden **Außen- und Handelsminister Südkoreas Ban Ki Moon durch Akklamation zum neuen Generalsekretär**. Er tritt am 1. Januar 2007 die Nachfolge von Kofi Annan als 8. Generalsekretär seit Bestehen der Vereinten Nationen und als deren 4. oberster Chefdiplomat an, der mit dem nach wie vor ungelösten Dekolonisierungskonflikt der Westsahara befasst sein wird.

Im Klima der Auflösung der bipolaren Welt legte **1991 Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar** zum ersten Mal einen detaillierten Friedens- und Dekolonisierungsplan der Vereinten Nationen für die Westsahara vor, den der Weltsicherheitsrat mit seiner Resolution (R/690/1991) gebilligt hatte

anhält. Das entscheidende Element aber, das Referendum, worin die Bevölkerung dieses »nicht selbst regierten Territoriums« ihr Selbstbestimmungsrecht zunächst zum Ausdruck hätte bringen können, um es anschließend unter dem Schutz des Völkerrechts auch ausüben zu dürfen, bleibt ihr

seiner Unabhängigkeit 1956 als Vollmitglied angehört; darüber hinaus hat Marokko 1991 dem detaillierten Friedens- und Dekolonisierungsplan für die Westsahara zugestimmt, dessen Umsetzung aber bisher erfolgreich verhindert. So war die »Mission der Vereinten Nationen für das Referendum



So war die »Mission der Vereinten Nationen für das Referendum der Westsahara« (*Misión de las Naciones Unidas para el referéndum del Sáhara Occidental: MINURSO*) von Anfang an mit ständigen Obstruktionen und Behinderungen durch das Königreich Marokko konfrontiert.

und dem die beiden Kriegsparteien, sowohl die Frente Polisario als auch das Königreich Marokko, im Konsens zugestimmt hatten. Danach verpflichteten sie sich, zum 1. September 1991 zu einem beiderseitigen Waffenstillstand, der auch bis heute

bis heute verwehrt. Dies geschieht unmittelbar durch das Königreich Marokko, das somit mehrfach und andauernd internationales Recht verletzt: Dabei ist Marokko zunächst der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, denen es seit

der Westsahara« (*Misión de las Naciones Unidas para el referéndum del Sáhara Occidental: MINURSO*) von Anfang an mit ständigen Obstruktionen und Behinderungen durch das Königreich Marokko konfrontiert. Anstatt jedoch Marokko auf

### Unfaire Vermittler – Ein UN-Krimi?

seine internationale Verpflichtungen festzulegen und für die Verstöße gegen einschlägige Resolutionen des Weltsicherheitsrats zur Verantwortung zu ziehen, wird es bis heute auch noch dafür belohnt: So hat die UNO ihr Mandat Schritt für Schritt den Forderungen und Bedürfnissen dieses Aggressors angepasst und der betroffenen

Johannes Manz, gegen die ständigen Behinderungen und Nötigungen seitens Marokkos den Rücken zu stärken, nahm Pérez lieber dessen Rücktritt noch im Dezember in Kauf und legte anschließend – gewissermaßen als Belohnung für ständige Behinderungen der MINURSO und Verletzungen des Völkerrechts – auch noch einen modifizierten Plan nach, der im Wesentlichen den Wünschen Marokkos nach entsprechender Manipulation der Abstimmungsberechtigten entsprach und so einer Annexion den Segen der Vereinten Nationen verliehen hätte. Diesen Vorschlag aber verwarf der Sicherheitsrat. Kurz darauf deckte der britische Independent einen anrühigen Deal auf, wonach Pérez de Cuéllar einen gut dotierten Job in einem marokkanischen Unternehmen übernehmen wollte, das sich im Besitz der königlichen Familie befand.

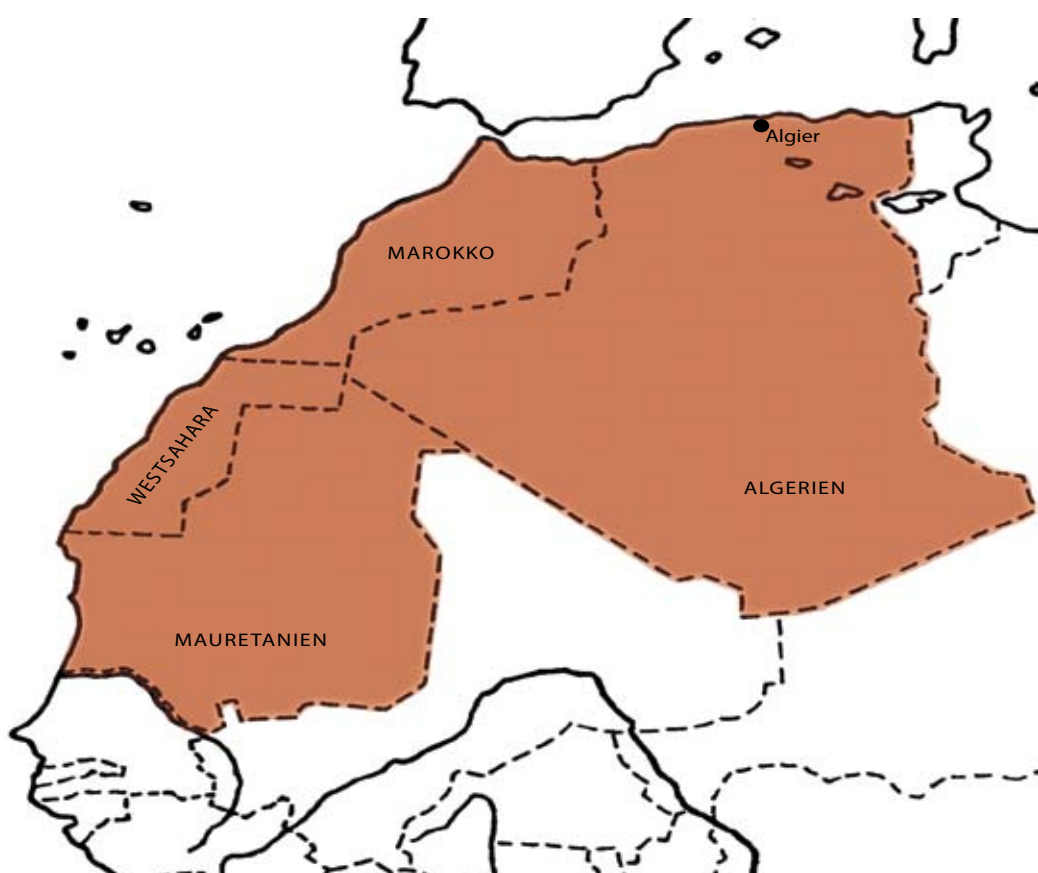
Am 3. Dezember 1991 bestimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen den damaligen ägyptischen Außenminister **Boutros Boutros-Ghali zum neuen Generalsekretär**. Unter ihm kam der MINURSO-Prozess nahezu zum Erliegen, die ohnehin nie

erreichte Personalstärke wurde weiterhin reduziert, und die Identifizierung der Wählerschaft nun völlig eingestellt. Die Aufgaben dieser »MINURSO – light« wurden vor allem auf die Überwachung des Waffenstillstands eingeschränkt – soweit dies mit so wenig Personal in einem Gebiet möglich ist, das in etwa die Größe der alten Bundesrepublik Deutschland hat und über ein »Straßennetz« verfügt, das zum größten Teil aus Wüstenpisten und »schwierigem Gelände« besteht. Im Gleichklang wie die MINURSO Schritt für Schritt ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt und der Bedeutungslosigkeit ausgesetzt wurde, wurde ihr Mandat wieder und wieder ergebnislos verlängert. Boutros Boutros-Ghali ist bisher der einzige Generalsekretär, dessen Amts-

Anstatt seinem Sonderbeauftragten (...) gegen die ständigen Behinderungen und Nötigungen seitens Marokkos den Rücken zu stärken, nahm Pérez lieber dessen Rücktritt noch im Dezember in Kauf

Bevölkerung Beistand und Schutz verweigert. Pérez de Cuéllar, der 1989 die erfolgreiche Dekolonisierung Namibias für sich verbuchen konnte, wollte den Abschluss seiner 2. Amtszeit zum Jahresende 1991 darüber hinaus mit einem Durchbruch in der Westsahara krönen – und das um jeden Preis. Anstatt seinem Sonderbeauftragten, dem Schweizer Diplomaten

Im Gleichklang wie die MINURSO Schritt für Schritt ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt und der Bedeutungslosigkeit ausgesetzt wurde, wurde ihr Mandat wieder und wieder ergebnislos verlängert.





zeit auf Druck der USA nicht verlängert wurde – wegen seines »Engagements für die Sache des Völkerrechts« in der Westsahara ist er mit Sicherheit bei den USA nicht in Ungnade gefallen. Mit seiner Ablösung verband sich die Hoffnung auf neue Impulse zur Überwindung des mittlerweile letzten Kolonialkonflikts in Afrika (nach Namibia 1989 und Südafrika 1994).

Diese Hoffnungen schien sein **Nachfolger Kofi Annan, der erste Generalsekretär**, der direkt aus dem UN-Apparat berufen wurde, zunächst auch zu erfüllen. Die USA hatten ihn erst am 13. Dezember 1996 unter massivem Druck in der Vollversammlung durchsetzen können, um eine zweite Amtszeit seines ungeliebten Vorgängers zu verhindern. So konnte Annan den ehemaligen US-Außen- (unter Reagan) und Finanzminister (unter Bush sen.) James Baker als seinen Persönlichen Gesandten (Personal Envoy) für die Westsahara gewinnen, der mit lebhafter Reisediplomatie sehr bald die Kriegsgegner sowie die direkten Nachbarn, Algerien und Mauretanien, wieder an den Verhandlungstisch brachte – zunächst im »alten Europa« und schließlich in Houston, wo im September erneut ein detaillierter Aktionsplan die Zustimmung sowohl der Kriegsparteien als auch ihrer unmittelbaren Nachbarn fand. Dieser Aktionsplan deckt sich im Wesentlichen mit dem, was bereits unter Pérez de Cuéllar 1991 im Konsens zwischen den Kriegsparteien ausgehandelt worden war (S/1997/742).

Noch in seinem ersten Amtsjahr legte Kofi Annan – im Konsens mit den beteiligten Parteien – einen konkreten Zeitplan vor, worin der 07. Dezember 1998 als Tag des Referendums (S/1997/882) festgelegt war. Wieder rückte Marokko von seiner zuvor erteilten Zustimmung ab und brachte erneut Forderungen nach Aufnahme weiterer Bevölkerungsgruppen in die Wählerlisten ein.

über eine Dekade nicht vermochte, nämlich »weiterhin zu versuchen, die vielfältigen Probleme, die sich bei der Umsetzung des Schlichtungsverfahrens ergeben haben, zu lösen und zu einer Übereinstimmung auf der Grundlage einer von beiden Seiten akzeptablen politischen Lösung ihres Disputes um die Westsahara zu gelangen« (S/RES/1342 vom 27.02.2001 bzw. S/RES/1349 vom 27.04.2001).

Aber worin bestehen »diese vielfältigen Probleme«? Wie die im Einzelnen überwunden werden sollten, ist zunächst im sog. Baker-Plan I (s. S/2001/613, Annex I vom 20. Juni 2001) nachzulesen. Anzumerken sei hier, dass sowohl die Frente Polisario als auch ihr wichtigster Verbündeter und Asylgeber Algerien diesen Plan energisch zurückgewiesen haben, mit der Begründung, dies würde die Staatengemeinschaft aus ihrer Verantwortung entlassen und den Konflikt an die ungleichen Kriegsparteien zurückgeben, so wie es ja vor der Etablierung der MINURSO bis 1991 war – und Krieg herrschte.

### **Marokko wittert erneut Morgenluft für seine Annexionsgelüste**

Marokko wittert erneut Morgenluft für seine Annexionsgelüste, kann es diese nun doch auch noch gut mit höchst offiziellem UN-Segen in endlosen Verhandlungsrunden über »die vielfältigen Probleme, die sich bei der Umsetzung des Schlichtungsverfahrens ergeben haben«, verstecken und publikumswirksam den Eindruck erwecken, konstruktiv an »einer politischen Lösung« in Form einer »Rahmenvereinbarung« zu arbeiten. Dass ein freies, faires Referendum – wie in zahlreichen UN-Dokumenten gefordert, vor allem durch die Sicherheitsrats-Resolution S/RES/ 690 vom 29. April 1991, auf deren Grundlage der Waffenstillstand

von denen die eine allerdings eine Kolonialmacht mit eigenem Staatsgebiet in sicheren, international anerkannten Grenzen, einer Bevölkerung von etwa 33 Millionen Frauen, Kindern und Männern mit einer Wirtschaftsleistung von etwa 135 Milliarden \$ (Bruttoinlandsprodukt) und Ausgaben fürs Militär von etwa 6,75 Milliarden \$ jährlich ist, während es sich bei der »anderen Partei« um die nationale Befreiungsorganisation mit einer »Fata Morgana-Regierung« einer geteilten und kolonisierten Bevölkerung handelt, die international nur von etwa 50 Staaten anerkannt, vertrieben ins Exil und in völliger politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihrem Asylgeber ist.

So gingen wieder zwei weitere Jahre ergebnislos ins Land, in der sich die Kolonialmacht bequem zurücklehnen konnte, hatte sie doch längst die Palette von Provokationen der Staatengemeinschaft ausprobiert – wie ungehinderte Verlegung von Kampftruppen und Durchführungen von Manövern im Territorium, Veränderungen der Verwaltungsstrukturen und Abhalten von Wahlen, verschärfte Repression und willkürliche Verletzungen der Menschenrechte innerhalb der Kolonie sowie die Plünderung von deren mineralischen Rohstoffen und marinen Fisch-Ressourcen – und dabei keinerlei ernsthaften Widerstand erfahren.

Im Mai 2003 legte das »Annan-Baker-Duo« dann einen modifizierten Plan (Baker-Plan-II: S/2003/565, Annex II) vor, den der Sicherheitsrat mit seiner Resolution S/RES/1495 vom 31. Juli 2003 absegnete. Gegenüber Baker I beinhaltet Baker II nur Präzisierungen über die Integration der Kolonie ins marokkanische Königreich. Sie beziehen sich z.B. auf die eigene Verwaltung während einer Übergangszeit und die Festlegung der Stimmberechtigten für ein Referendum, das nun nicht mehr am Anfang eines Dekolonisierungs-, sondern am Ende eines »Übergangs-



Und wieder ließ sich die UNO auf diese Manöver ein: Die marokkanische Seite nutzt dabei die Tatsache, dass die Region vor und während der Kolonialzeit vor allem durch Nomadenkultur geprägt war, deren Lebensrealität sich nie an den mit dem Lineal auf Landkarten nachgezogenen Kolonialgrenzen orientierte. Durch das Nachreichen immer neuer Anträge ganzer Bevölkerungsgruppen und Einsprüche gegen bereits erfolgte Ablehnungen, die sich zwingend aus den zuvor im Konsens festgelegten Kriterien ergeben hatten, wurde der Referendumstermin wieder und wieder verschoben. Ein Jahr nach dem erneut verstrichenen Termin, wie er auf der Grundlage des Konsenses von Houston festgelegt worden war, stellt der Generalsekretär frustriert fest, dass ein solcher Termin allenfalls im Jahre 2002 realisierbar wäre (S/99/119 vom 06. Dezember 1999).

So lange aber will der Generalsekretär nun nicht mehr warten: Die von marokkanischer Seite entwickelte Idee »eines dritten Weges« oder »Alles – nur kein freies, faires Referendum der sahrauischen Bevölkerung« ist mittlerweile auch in der Chefetage des UN-Sekretariats angekommen. Kofi Annan beauftragt seinen Persönlichen Gesandten, neue Ideen zu entwickeln, um den Stillstand zu überwinden. Als neue Zauberformel dient nun öffentlich und offiziell – von »Dekolonisierung« war hier ohnehin allenfalls nur noch verhalten die Rede – »eine gegenseitig ak-

**Die von marokkanischer Seite entwickelte Idee »eines dritten Weges« oder »Alles – nur kein freies, faires Referendum der sahrauischen Bevölkerung« ist mittlerweile auch in der Chefetage des UN-Sekretariats angekommen.**

zeptable politische Lösung in Form eines Rahmenabkommens« zwischen den ungleichen Parteien: Der Sicherheitsrat richtet seine Appelle nicht an die Staatengemeinschaft und schon gar nicht an sich selbst, obwohl es doch gerade der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wäre, der den kolonisierten Menschen innerhalb des UN-Systems am ehesten zu ihrem Selbstbestimmungsrecht verhelfen könnte, sondern an die völlig ungleichen Kriegsparteien, die nun auf einmal alleine das zustande bringen sollen, was diese Staatengemeinschaft und ihr Sicherheitsrat

und diese UN-Mission erst ermöglicht wurde – keinen Platz in einer solchen, von Marokko gewünschten »Rahmenvereinbarung« finden würde, hat Marokko wieder und wieder – und nicht nur zwischen den Zeilen – klar und deutlich gemacht.

Dieser Baker-Plan I findet im Sicherheitsrat keine Mehrheit, nicht zuletzt weil die eine Kriegspartei ihn vehement ablehnt, während die andere nur allzu deutlich die wohlklingende Diplomatenrede für ihre weitere Hinhaltetaktik nutzt. In seiner Resolution (S/RES/1359) vom 29. Juni 2001 »unterstützt (der Sicherheitsrat) voll und ganz die Bemühungen des Generalsekretärs, alle Parteien zu gemeinsamen Treffen oder Annäherungsgesprächen unter der Schirmherrschaft seines Persönlichen Gesandten zu laden und ermutigt die Parteien den Entwurf des Rahmenabkommens zu diskutieren und jeden speziellen Änderungswunsch ebenso zu verhandeln, wie auch andere Vorschläge für eine politische Lösung zu beraten, die von den Parteien vorgebracht werden könnten, um zu einer gegenseitig akzeptablen Lösung zu gelangen«.

Damit war die Büchse der Pandora geöffnet: Das Ziel eines Selbstbestimmungsreferendums wird verbal zwar nicht verworfen – schließlich sitzen im Rat nicht nur ehemalige Kolonialmächte und ausgemachte Annexionsbefürworter wie Frankreich als ständiges Mitglied mit Vetorecht. In der Resolution S/RES/1359 vom 29. Juni 2001 wiederholt der Rat ausdrücklich »...seine volle Unterstützung für die fortgesetzten Bemühungen der MINURSO, das Schlichtungsverfahren sowie die einvernehmlichen Übereinkünfte zwischen den Parteien, ein freies, faires und gerechtes Selbstbestimmungsreferendum der Menschen der Westsahara durchzuführen, umzusetzen«. Allerdings ist allen Beteiligten völlig klar, dass ein solches »freies, faires und gerechtes Referendum« nur gegen den Willen und massiven Widerstand seitens Marokkos zu haben wäre, folglich »unterstützt« der Rat »die fortgesetzten Bemühungen«, die es gar nicht gibt und verweist auf »Übereinkünfte zwischen den Parteien«, die natürlich nicht über dieses »freie, faire und gerechte Referendum« erzielt worden sind. Das klingt nach Partizipation – ist es aber nicht.

Tatsächlich hat sich die Staatengemeinschaft mit Baker-Plan I bereits auf die bequeme Rolle des lustlos zuschauenden Moderators zwischen »zerstrittenen Parteien« zurückgezogen,

prozesses« stehen soll und den Stimmberechtigten die Optionen eines eigenständigen Staates, wie von der Frente Polisario und wohl auch der großen Mehrheit der sahrauischen Bevölkerung gefordert, die Integration ins Königreich Marokko, wie vom marokkanischen Königspalast und Regierung längst praktiziert, aber auch die Beibehaltung des Status quo, der Integration der Westsaharakolonie als eine Art autonome Provinz ins marokkanische Königreich, eröffnen soll.

Obwohl hier keine grundsätzlich anderen Vorschläge gemacht worden sind, überrascht doch die Tatsache, dass dieser Modifikation Algerien und die Frente Polisario – nicht ohne entsprechenden Druck aus Algier – nun plötzlich zustimmen, während beide vor 2 Jahren den Baker-Plan I mit Nachdruck zurückgewiesen hatten. Marokko, das sich schon aus dem Baker-Plan I genüsslich die Rosinchen rausgepickt und schön auf seinem Tellerchen drapiert hatte, lehnt nun als einzige Partei den Baker-Plan II ab. Im Sommer 2004 wirft James Baker entnervt das Handtuch – schließlich warten ja längst »weitaus wichtigere Aufgaben« auf ihn.

Den Menschen des arabischen/islamischen Kulturkreises werden oft Vorlieben für Verschwörungstheorien nachgesagt; und auch hierfür gibt der MINURSO-Prozess einiges her: Im Sommer 2002 – also zwischen dem Baker-Plan I und II – veröffentlichte Sir Murrack Goulding, zuletzt Leiter der UN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, seine Memoiren. Der UN-Mission für die Westsahara widmet er ein ganzes Kapitel. Danach habe bereits von Anfang an unter Pérez de Cuéllar ein Plan existiert, der die Eingliederung der Westsahara in das Königreich Marokko vorsah. 1997 habe dann Kofi Annan ihn nach Houston geschickt, um James Baker zu drängen, den Posten als dessen Persönlichen Gesandten für die Westsahara anzunehmen und einen Plan zur Eingliederung der Westsahara ins Königreich Marokko auszuarbeiten.

**Danach habe bereits von Anfang an unter Pérez de Cuéllar ein Plan existiert, der die Eingliederung der Westsahara in das Königreich Marokko vorsah.**



# Gewinner und Verlierer während der UN-Mission für die Westsahara:

Wie bei allen politischen Prozessen gibt es auch hier klare und weniger klare Gewinner und Verlierer. Klarer Gewinner ist zunächst das Königreich Marokko, das die UNO vorgeführt und mit einer Vielzahl an Winkelzügen, Vertragsbrüchen, Zuwiderhandlungen gegen Resolutionen des Sicherheitsrats, Verächtlichmachung von UN-Organen, Gewalt und Repression seine Kolonialinteressen über das Völkerrecht und eine nachhaltige Entwicklung im Maghreb ungestraft stellen konnte. Ebenso klare Gewinner sind Marokkos Hauptverbündete, die dem Regime erst seine koloniale Spielweise freigehalten haben, allen voran die alte Kolonialmacht Frankreich, das noch immer die Stabilität des Maghrebs mit der Stabilität des marokkanischen Königshauses verwechselt.

Auf der Gewinnerseite dürften sich auch einige Spitzenfunktionäre der Frente Polisario wöhnen, vor allem diejenigen unter ihnen, die ungehinderte Reisefreiheit auf Grund ihres Diplomatensstatus genießen – verbunden mit hohem Sozialprestige – und Zugang zu materiellen, vor allem finanziellen Ressourcen haben.

Als glänzender Gewinner dürfte sich auch Generalsekretär Kofi Annan zumindest im Sommer 2001 gefühlt haben, als er kurz nachdem er die Abkehr der Vereinten Nationen von ihrem Dekolonisierungsauftrag und vom Völkerrecht in seinem Bericht an den Sicherheitsrat (S/2001/613, Annex I: Baker-Plan I) verkündet hatte, sogleich mit der Ehrendoktorwürde des einst linken Otto-Suhr-Instituts der Berliner Freien Universität geehrt wurde, zum anderen den Bescheid für eine zweite Amtszeit über weitere 5 Jahre erhielt. Als Chef des Sekretariats (s. Kasten: Vereinte Nationen) erhält der Generalsekretär immerhin ein Jahresgehalt von \$ 176.877.

Auf der klaren Verliererseite befindet sich das sahrauische Volk, jedenfalls all die Menschen, die auf das Völkerrecht und die Vereinten Nationen vertraut, die Waffen niedergelegt und seit nunmehr 15 Jahren in einem Zustand zwischen Nicht-Krieg und Nicht-Frieden entweder unter zunehmend prekären Bedingungen im algerischen Exil ausharren müssen oder in den von Marokko besetzten Gebieten der Willkür und Repression durch die Kolonialverwaltung, Besatzungsarmee, Polizei und Siedlermilizen ausgesetzt sind.

Mittlere Verlierer sind darüber hinaus alle Bürgerinnen und Bürger der Maghrebstaaten, die unter den autokratischen und diktatorischen Regimen in ihren Ländern zu leiden haben und denen der Weg zur partizipativen Demokratie durch die externe Stützung ihrer repressiven Regime verbaut bleibt. Darüber hinaus ist es die große Bevölkerungsmehrheit der Maghrebstaaten, die unter der Blockade einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive in ihrer Region unter zunehmender Arbeits- und Hoffnungslosigkeit und Umweltzerstörung zu leiden hat.

Weiterhin finden sich auf der Verliererseite »dieser Realpolitik« der Vereinten Nationen die Vereinten Nationen selber, die in der Westsahara ihre Glaubwürdigkeit als integre, international geachtete und anerkannte Instanz verspielt haben. Welches Signal sendet denn diese UNO aus, wenn sie diejenigen, die im Vertrauen in sie ihre Waffen niedergelegt haben, über Jahre hinweg hinhält und ihnen schließlich in den Rücken fällt?

Insofern hinterlässt Kofi Annan seinem Nachfolger ein äußerst »schwieriges Gelände«. Es wird sich zeigen, ob Generalsekretär Ban Ki Moon Interesse und Aufmerksamkeit für den Westsaharakonflikt, der neben den vielen großen anderen eher als ein kleiner gilt, aufzubringen vermag und mit guten Ideen und viel Geschick und Standhaftigkeit den ernsthaften Versuch unternimmt, verlorene Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen. Für die allenthalben für notwendig erachteten Reformen der Vereinten Nationen, wäre die Wiederherstellung ihrer uneingeschränkten Glaubwürdigkeit eines ihrer wichtigsten Ziele – wichtiger als ein deutscher ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat.

## Die Hauptorgane (Main Bodies) der Vereinten Nationen

<b>Generalversammlung</b> <i>General Assembly</i>	<b>Rat für Treuhandverwaltung</b> <i>Trusteeship Council</i>	<b>Wirtschafts- und Sozialrat</b> <i>Economic and Social Council</i>	<b>Artikel 94</b> (1) Jedes Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet sich, bei jeder Streitigkeit, in der es Partei ist, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zu befolgen. (2) Kommt eine Streitpartei ihren Verpflichtungen aus einem Urteil des Gerichtshofs nicht nach, so kann sich die andere Partei an den Sicherheitsrat wenden; dieser kann, wenn er es für erforderlich hält, Empfehlungen abgeben oder Maßnahmen beschließen, um dem Urteil Wirksamkeit zu verschaffen. 1975 rief der damalige König von Marokko den IGH an, um sich »historisch begründete Gebietsansprüche« über die Westsahara bestätigen zu lassen. Der IGH lehnte dies ab – die Westsahara ist noch immer zu großen Teilen von Marokko besetzt. Das Gericht hätte sich an einen Sicherheitsrat wenden können, wo zumindest Frankreich Marokko immer den Rücken frei gehalten und als eine seiner Vetomächte von vornherein stets verhindert hat, dass der Rat hier ernsthaft tätig wird.
Hier sind alle 192 Mitgliedsstaaten vertreten: Jedes Land hat ein Stimme: One State – one Vote. Wählt jedes Jahr 5 Mitglieder für 2 Jahre in den Weltsicherheitsrat und alle 5 Jahre auf Empfehlung den Generalsekretär.	Setzt sich aus den 5 ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates zusammen und verwaltet die Treuhandgebiete der UNO. Der Rat hat zum 1. November 1994 seine Arbeit eingestellt, nachdem Palau, das letzte UN-Treuhandgebiet seine Unabhängigkeit erlangte.	Besteht aus 54 Mitgliedsstaaten, von denen jedes Jahr 1/3 von der Generalversammlung für 3 Jahre nach einem Regionenschlüssel gewählt werden. Der Rat unterstützt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, etwa bei der Hebung des allgemeinen Lebensstandards und der Förderung der Menschenrechte.	
<b>Sicherheitsrat</b> <i>Security Council</i>	<b>Sekretariat</b> <i>Secretariat</i>	<b>Internationaler Gerichtshof (IGH)</b> <i>International Court of Justice</i>	
Besteht aus den 5 ständigen und 10 nicht-ständigen Mitgliedsstaaten. Diese werden von der Generalversammlung für 2 Jahre nach einem Regionenschlüssel gewählt. Zum Jahresende folgen für Argentinien Panama; für Griechenland Italien; für Japan Indonesien; für Dänemark Belgien und für Tansania Südafrika als neue nicht-ständige Ratsmitglieder.	Ist das höchste Verwaltungsgremium der UNO. Ihm steht der Generalsekretär vor. Neben der inhaltlichen und strukturellen Ausrichtung ist seine Tätigkeit als oberster Diplomat vor allem auf die friedliche Streitbeilegung gerichtet. Er wird auf Empfehlung des Weltsicherheitsrates durch die Vollversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Üblicherweise wechselt er nach zwei Legislaturperioden unter Berücksichtigung der Kontinente und Regionen.	Setzt sich aus 15 Richtern zusammen, die von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat gewählt werden. Seine Funktionsweise und Zuständigkeit sind im Kapitel XIV der UN-Charta als IGH-Statut geregelt. Seine Möglichkeiten sind jedoch stark eingeschränkt:	

*Haben Sie sich beim Lesen der Texte genauso aufgeregt wie wir beim Verfassen und Redigieren des Manuskripts? Dann blättern Sie um und werden Sie mit uns aktiv!*

*Zum 1. Januar 2007 tritt Ban Ki Moon als 8. Generalsekretär seine Arbeit in New York an. Nach dem Peruaner Javier Pérez de Cuéllar (bis 1991), dem Ägypter Boutros Boutros-Ghali (1992-1996) und dem Ghanaer Kofi Annan (1997-2006) wird der Südkoreaner als 4. Generalsekretär mit dem ungelösten Kolonialkonflikt um die Westsahara konfrontiert sein. Welche Rolle die Vereinten Nationen hier spielen werden, wird wesentlich von dem Einsatz, dem Geschick und der Standhaftigkeit des neuen Generalsekretärs abhängen. Wir wollen Herrn Ban Ki Moon ermutigen, von seinen Vorgängern verspielte Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen zurückzuerlangen und den Menschen im Maghreb zu einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive zu verhelfen.*

*Wollen auch Sie ermutigen? Wir schicken Ihnen gerne demnächst entsprechende Unterlagen zu.*

*Zum 1. Januar 2007 übernimmt die Bundesregierung die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU). Die EU unterhält enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Staaten des Maghrebs und besonders zum Königreich Marokko. Sie könnte ihren Einfluss geltend machen, den Kolonialkonflikt um die Westsahara zu beenden und den Menschen im Maghreb zu einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive zu verhelfen. Wir wollen unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ermutigen, Ihre Ratspräsidentschaft u.a. dafür zu nutzen.*

*Möchten auch Sie Frau Merkel ermutigen? Wir schicken Ihnen gerne demnächst entsprechende Unterlagen zu.*

*Im Frühjahr dieses Jahres (2006) beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Einrichtung eines Menschenrechtsrates. Am 9. Mai wurden nach einem Regionenschlüssel 47 Staaten in geheimer Wahl gewählt. Für die Gruppe der 7 westlichen Staaten erreichte die Bundesrepublik Deutschland mit 154 Stimmen auf Anhieb das beste Ergebnis vor Frankreich (150); UK (148); der Schweiz (140); den Niederlanden (137); Finnland (133) und Kanada (130). Das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte, das dem Rat Bericht erstattet, hat im September seinen Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Westsahara vorgelegt. Wir wollen unseren Bundes-Außenminister Frank-Walter Steinmeier ermutigen, die deutsche Delegation im Menschenrechtsrat anzuweisen, sich für die nachhaltige Verbesserung der Lage der Menschenrechte in der Westsahara einzusetzen.*

*Möchten auch Sie Herrn Steinmeier ermutigen? Wir schicken Ihnen gerne demnächst entsprechende Unterlagen zu.*





# Meine Rückmeldung:

An  
 Kritische Ökologie / ifak e.V.  
 – Redaktionsbüro –  
 Malteserstraße 99 k  
 D-12249 Berlin

Fax: [+49] 030 / 76 70 34 99;  
 Email: [redaktion@kritische-oekologie.de](mailto:redaktion@kritische-oekologie.de)

Ja, ich möchte Generalsekretär Ban Ki Moon ermutigen, verspielte Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen wieder herzustellen und den Menschen im Maghreb zu einer nachhaltigen Entwicklung zu verhelfen.

Ja, ich möchte Bundeskanzlerin Angela Merkel ermutigen, den Einfluss der EU im Maghreb für eine nachhaltige Entwicklungsperspektive geltend zu machen.

Ja, ich möchte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ermutigen, die deutsche Delegation beim UN-Menschenrechtsrat anzuweisen, sich für die nachhaltige Verbesserung der Menschenrechte in der Westsahara einzusetzen.

Ja, ich möchte darüber hinaus an der Initiative Stärke des Rechts mitwirken und in den entsprechenden Verteiler aufgenommen werden. Diese Initiative haben wir anlässlich der Mitgliedschaft der BRD im Weltsicherheitsrat 2003 mit dem Ziel gestartet, den letzten Kolonialkonflikt auf afrikanischem Boden zu beenden und durch eine Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung im Maghreb zu ersetzen.

Anrede / Titel: .....

Vorname und Name .....

Anschrift .....

PLZ.....Ort.....

Email.....

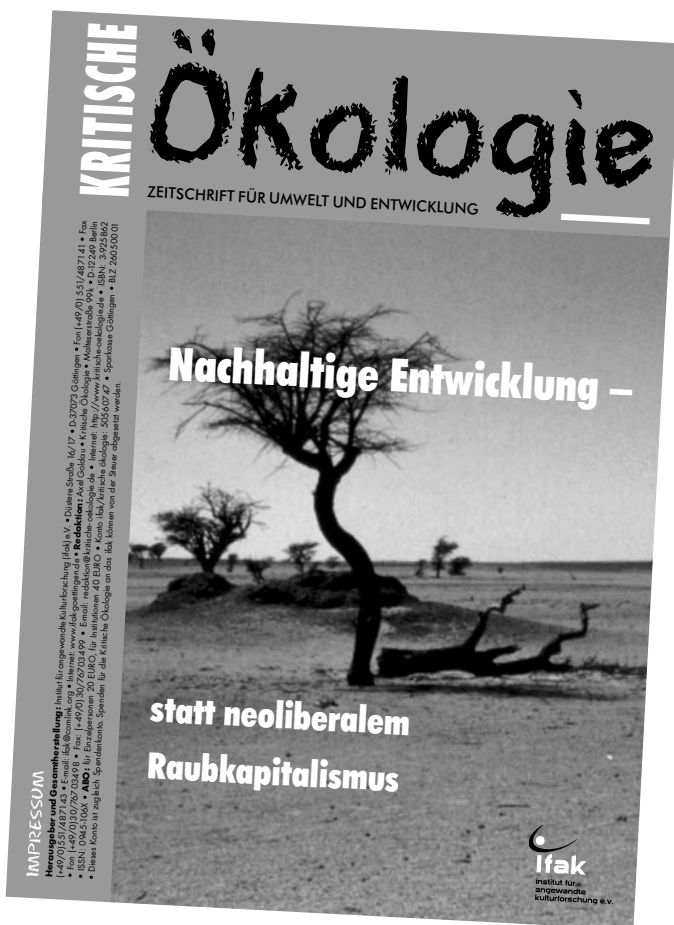
Fax.....



ANZEIGE

## Wie ein Baum im Sahel...

Kleines Abo (2 Hefte in Folge):  
 10,- EURO  
 Konto: ifak/kritische ökologie,  
 Konto-Nr. 505 607 47,  
 BLZ 260 500 01,  
 Sparkasse Göttingen



ifak/kritische ökologie  
 Wilhelmsplatz 3  
 37073 Göttingen  
 ph. 05 51-48 71 41/fax: -43  
 Email: [ifak@comlink.org](mailto:ifak@comlink.org)

## Impressum:

Kritische Ökologie Nr. 66 (Spezialausgabe) 2006  
 ISBN 3-925 862; ISSN 0945-106X  
**Westsahara-Zeitung**  
 Institut für angewandte Kulturforschung (ifak) e.V.  
 Wilhelmsplatz 3  
 37073 Göttingen  
 Fon: 0551-487141; Fax: 0551-487143  
 Email: [ifak@comlink.org](mailto:ifak@comlink.org)  
 Internet: [www.ifak-goettingen.de](http://www.ifak-goettingen.de)

V.i.S.d.P.: Axel Goldau, Malteserstraße 99k, D-12249 Berlin

**Redaktion:** Axel Goldau und Werner Ruf  
**Redaktionsbüro:**  
 Kritische Ökologie/ifak e.V.  
 Malteserstraße 99k, D-12249 Berlin  
 Fon: 030-76703498; Fax: 030-76703499  
 Email: [redaktion@kritische-oekologie.de](mailto:redaktion@kritische-oekologie.de)

**Text und Fotos:** Axel Goldau  
**Layout und Gestaltung:** K. Gregusch, Göttingen

**Hinweis:** Diese Westsahara-Zeitung ist Teil unserer Initiative »Stärke des Rechts«, die anlässlich der deutschen Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat 2003/04 mit dem Ziel gestartet wurde, den letzten Kolonialkonflikt auf afrikanischem Boden zu beenden und durch die Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung im Maghreb zu ersetzen.

Durch Ihre Spende helfen Sie uns, die Initiative auch über die Ratsmitgliedschaft Deutschlands hinaus weiterzuführen und maßgeblich zu verbessern. Ihre Spenden können Sie aufgrund des Bescheids vom 10.05.2005 durch das Finanzamt Göttingen (Steuernummer 20/206/08582) von der Steuer absetzen.

**Konto:** ifak/Kritische Ökologie, Kontonummer 505 607 47; BLZ 260 500 01; Sparkasse Göttingen

*In Kooperation mit der Stiftung Umverteilen und gefördert durch die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa – Entwicklungsarbeit.*